durch das Gesetz schwer geschädigt und Viele werden um ihr Eigenthum gebracht werden. Was es weiter bedeutet, 400 000 bis 500 000 Wähler aller politischen Rechte zu berauben, werden Sie alle noch wahrnehmen. Ich glaube, es giebt keine größere Aufregung zum Klassenhaß als in diesem Gesetze. (Widerspruch und Zustimmung.) Die Conservativen sind seit 1871 aus der Gesetzgebung sehr zurückgetreten gewesen, wesentlich aus dem Grunde, weil sie die neue Zeit nicht begriffen. (Widerspruch rechts). Jetzt sind sie in der glücklichen Lage, dadurch, daß andere Parteien politische Fehler gemacht haben, größeren Einfluß zu gewinnen. Es würde nicht klug von ihnen sein, gleich die erste Zeit ihres beginnenden Einflusses zu benutzen zu neuen Polizeigesetzen. Selbst in Frankreich ist in den 20er Jahren ein solches Ausnahmegesetz durch die Pairskammer verworfen worden. Die Presse der conservativen Partei ist auch nicht einig in dieser Beziehung. Selbst den Conservativen gegenüber könnte einmal das „Heute mir, morgen dir!" zur Anwendung kommen; wenigstens hat erst in den letzten Tagen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine Definition von Socialismus gegeben, nach welcher Abg. v. Kardorff sicher ein Socialist ist. Die nationalliberale Partei hat erst vor vier Monaten ein ähnliches Gesetz verworfen und erklärt, sie wolle nur auf dem Boden des gemeinen Rechts die Gefahr bekämpfen. Und was ist denn geschehen seit jener Verhandlung? Es ist ein zweites Attentat begangen worden, und hat man nicht bei der Berathung des ersten Gesetzes geleugnet, daß zwischen dem Attentate und dem Gesetze ein Zusammenhang bestehe? Bei früheren Gelegenheiten haben sich Redner der nationalliberalen Partei gegen Kautschukparagraphen erklärt, und dieses Gesetz ist noch schlimmer als ein Kautschukparagraph. Keine Partei würde mehr mit ihrer ganzen Vergangenheit brechen als die nationalliberale Partei, wenn sie einem solchen Gesetze ihre Zustimmung geben wollte. Abg. Dr. Bamberger hat gesagt, er habe schon vor 6 Jahren darauf hingewiesen, daß gerade Deutschland der Schauplatz der socialdemokratischen Bewegung sei. Aber gerade Dr. Bamberger ist nicht ohne Schuld daran, daß diese Bewegung so tiefe Wurzel gefaßt hat (Redner verliest eine Stelle aus einer vom Abg. Dr. Bamberger im Jahre 1849 gehaltenen Festrede). Die in Dresden erscheinende „Neue Reichszeitung" hat gesagt, die Nationalliberalen müßten für den Entwurf stimmen, um einen Lieblingswunsch des Reichskanzlers zu erfüllen, und Abg. Dr. Lasker hat dies in der Commission bestätigt, indem er meinte, die Nationalliberalen würden dem Entwurfe zustimmen, um nicht die politischen Verhältnisse in Deutschland zu trüben. Es kommt mir dies so vor, als wenn sich zwei Damen um die Gunst eines Herrn bewerben (Oho!). Aber der Sieg wird schließlich der jüngeren zufallen, und das sind in diesem Falle die Conservativen (Große Heiterkeit). Die Nationalliberalen haben schon bei früheren Gelegenheiten die Erfahrung gemacht, welchen Schaden das allmähliche Zurückweichen in vielen Fragen ihnen gebracht hat. Ich habe für den Abg. Dr. Lasker kein anderes Gefühl, als das des aufrichtigen Mitleids (der Präsident bezeichnet diese Aeußerung als parlamentarisch nicht zulässig). Ich wollte nicht vom Abg. Dr. Lasker sprechen, sondern von der nationalliberalen Partei. Diese Partei hätte gerade bei diesem Gesetze Gelegenheit, die Wahlbeeinflussung heimzuzahlen, die sich bei den Wahlen von Seiten der Conservativen und vielleicht auch von Seiten der Regierung gezeigt hat. Sie glauben vielleicht, durch ihre Zustimmung zu dem Gesetze die wirthschaftliche Reaction hindern zu können; aber wenn die Conservativen andere Bundesgenossen gefunden haben, dann wird man die Nationalliberalen vielleicht gar nicht mehr brauchen. Glauben Sie, daß durch Annahme dieses Gesetzes die wirthschaftlichen Zustände gebessert werden? Ich glaube, die Schuld an dem wirthschaftlichen Nothstande liegt zum Theil mit daran, daß wir zuviel Zeit mit der Berathung von Strafgesetzen, Culturkampfgesetzen und Socialistengesetzen verbringen und dadurch abgehalten werden, unsere Blicke zu lenken auf die wahren Bedürfnisse des Volks (Zustimmung und Widerspruch). Die Geschichte lehrt, daß die Verschärfung der Strafgesetze immer ein sicheres Zeichen ist für den Niedergang des Staatslebens.

Der Präsident erklärt, daß er es für bedenklich halte, das persönliche Verhalten von Commissionsmitgliedern in der Commission im Plenum zu kritisiren.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Bevor ich mich zu Art. 1 der Vorlage wende, möchte ich einige Aeußerungen des Vorredners widerlegen bez. berichtigen. Ich habe bezüglich der Publication des „Berliner Tageblattes" lediglich zu erklären, daß die verbündeten Regierungen und speciell die preußische dieser Publication absolut fernstehen. Wenn ich mich weiteren Punkten der Rede des Vorredners zuwende, so geschieht das nicht, weil ihr Inhalt mich dazu veranlaßt, sondern der Grund liegt auf dem Gebiete meiner diplomatischen Wahrnehmung. Ich habe das Blatt des Vorredners ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen und gefunden, daß die Urtheile und Haltungen desselben immer genau vindicirten mit den Urtheilen und Haltungen der französischen officiösen Presse. Ich habe aus dem Blatte des Vorredners Sachen gelesen oder erfahren, die mir am Tage oder einige Tage darauf auf diplomatischen Wege als officielle Aeußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden (Hört!) Alles, was der Vorredner sagte, war darauf berechnet, Schwächen unserer Institutionen nachzuweisen. Hätte nicht ein französischer Politiker ganz dieselbe Rede halten können? Der Vorredner hat in seinen Aeußerungen uns das Beispiel des Auslandes vielfach hervorgehoben. Er hat sich auf die englische, die amerikanische, auch auf die französische Presse bezogen. Wenn ich nicht irre, führte er uns Frankreich als mustergiltig an für die schonende Behandlung der Gegner der Regierung und sagte, niemals wäre die Aburtheilung der communistischen oder socialistischen Preßerzeugnisse den Geschworenen entzogen worden. Dem Vorredner kann aber doch unmöglich entgangen sein, daß alle Communarden durch Kriegsgerichte abgeurtheilt worden sind. Der Redner könnte mit diesen Auffassungen zur elsässer Protestpartei gehören, innerhalb des Fortschritts hat er aber damit kaum einen Platz. Der Vorredner hat sich dagegen erklärt, daß ich mich an den englischen Correspondenten gewendet hätte. Es handelte sich aber damals darum, auf die öffentliche Meinung in England einen Eindruck zu machen. Wenn ich mich an das Blatt des Vorredners gewendet hätte, so könnte mir das ja viel genützt haben; in Bezug auf die „Times" wußte ich aber, daß ich meinen Zweck erreichen würde, und ich setzte mich daher mit dem Correspondenten in Verbindung. Wende ich mich zu Art. 1 des Entwurfs, so habe ich schon bei der ersten Lesung bemerkt, daß ich keiner Bestrebung feind bin, welche positiv auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, soweit die Rücksicht auf die internationale Concurrenz und auf eine absatzfähige Production es erlaubt. Solche Bestrebungen sind auch schon in früheren Zeiten vielfach verfolgt worden, ohne daß aber solche Bestrebungen zu Tage getreten wären, wie wir sie heute bei den Socialdemokraten finden. Niemals hat man an eine Aufhebung des Eigenthums gedacht. Sobald uns von der Socialdemokratie statt der negativen irgend ein positiver Vorschlag gemacht wird, das Loos der Arbeiter zu verbessern, so wird die Regierung dem Vorschlage eine wohlwollende Prüfung nicht entziehen. Statt dessen begegnen wir der reinen untergrabenden Negation, ohne daß gesagt wird, was an die Stelle des Bestehenden gesetzt werden soll. Ich kenne keinen solchen Vorschlag und glaube auch den Grund zu kennen, warum die Herren eine so große Verschwiegenheit beobachten, wie sie die Welt umgestalten wollen. Sie wissen es nicht, sie können die Versprechungen nicht halten, mit denen sie die Leute verführen. Daß die Herren mit ihren Versprechungen Eingang gefunden haben, begreift sich ja nicht schwer. Was bleibt einem geistig verarmten Menschen Anderes übrig, als die Jagd nach sinnlichen Genüssen? Alles, was ich bin und was ich habe, könnte mich nicht veranlassen, zu wünschen, auch nur noch einen Tag länger zu leben, wenn ich den Glauben an Gott und eine bessere Zukunft nicht hätte (Bravo!) Diesen Glauben rauben aber gerade diese Herren dem Volke. Wenn wir fragen, warum dieses Evangelium der Negation gerade in Deutschland so viele Anhänger gefunden hat, so müssen wir die Zeit, in der das geschah, näher ins Auge fassen. Wir sind erst seit 1867 die Führer dieser Partei amtlich bekannt geworden; damals traten sie aber noch einigermaßen schüchtern auf. Das Streben, das sie jetzt beseelt, sich des Staats zu bemächtigen und die Staatsgewalt zu ihren Zwecken auszubeuten, trat erst nach 1870 zu Tage. Mir ist ein positives Programm nicht bekannt geworden, das die internationale Lage zur Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen aufgestellt hätte; damals aber, bei der Pariser Commune hätte sie zeigen können, was sie positiv wollte. Was haben sie aber anders erzielt als Mord und Brand? Nachdem die französische Regierung den Aufstand niedergeworfen hatte, leuchtete ein, daß dieses Verfahren spurlos verlassen werden mußte und daß sich die internationale Liga ein anderes Feld aufsuchen mußte. Daß ihr Auge dabei auf Deutschland gefallen ist, wundert mich gar nicht. Deutschland ist ein Land mit sehr gutmüthigen Richtern (Bewegung). ein Land, in welchem sehr viel kritisirt wird, ein Land, in welchem die Operationsbasis, die großen Städte, durch den Fortschritt sehr gut vorbereitet war (Lachen links), denn der Fortschritt ist, landwirthschaftlich ausgedrückt, eine sehr gute Vorfrucht für die Socialdemokratie (Heiterkeit). Wir finden in den großen Städten die Neigung, die Regierung in Wort und Bild mit Vorwürfen zu überhäufen, ganz außerordentlich entwickelt, nicht minder ist das Streben nach Höherem in Deutschland ungleich mehr verbreitet, als anderswo. Was lag also näher, als die internationale Agitation in das gelobte Land überzusiedeln? Das Freizügigkeitsgesetz, combinirt mit dem Unterstützungswohnsitzgesetze, hat eine große Menge Arbeiter den kleinen Städten und dem Lande entzogen und in den großen Städten eine fluctuirende Bevölkerung erzeugt. Dazu kam die Leichtigkeit der Agitation auf den gemeinen Mann durch billige Zeitungen, die gefördert worden ist durch die außerordentliche Milde unseres Strafgesetzes. Selbst Denjenigen, die verurtheilt wurden, schwebte noch die Hoffnung vor auf eine Amnestie, wie sie ja wohl bei außerordentlichen Gelegenheiten, bei Regierungswechseln u. s. w. einzutreten pflegt. Demnach kann es uns nicht wundern, daß bei diesen Verhältnissen, wo die mit der Regierung unzufriedenen Elemente sich in einen Körper vereinigen, sich auf den Boden der Agitation stellen, die Gefahr zu einer solchen Höhe angeschwollen ist, und daß wir beispielsweise hier in Berlin 60 000—100 000 wohlorganisirte Männer haben, welche gegen die bestehende Ordnung eingenommen sind. Daß unter diesen Umständen ein Wiederaufblühen der Gewerbsthätigkeit, ein Aufschwung der Industrie nicht möglich war, läßt sich begreifen. Die Verbesserung des Looses des Arbeiterstandes und die Agitation der Socialisten ist zweierlei. Solange sich ein Arbeiter dem Glauben hingiebt, daß man ohne Arbeit sich Genüsse schaffen könne, ist ja gar nicht zu erwarten, daß er Freude findet an der Arbeit. Ich glaube also, daß es nothwendig ist, die Macht der Agitation zu brechen. Wer die socialistische Presse der letzten Jahre verfolgt hat, wird wissen, daß diese Presse ja sogar den Königsmord entschuldigt. Wenn ein so verdienter, milder und beliebter Monarch wie Se. Majestät der Kaiser meuchlings überfallen wird, so reicht ja gar kein Verbrechen an dieses heran. Wie die „National-Zeitung" neulich sehr richtig sagte, es haben die Wähler aller Parteien mit Einschluß der Wähler des Centrums und der Fortschrittspartei von ihren Abgeordneten erwartet, daß sie den Regierungen in dieser Gefahr beistehen würden. Die Herren mögen sich mit ihren Wählern darüber auseinandersetzen, wenn sie dieses Versprechen jetzt nicht halten; ich bin aber überzeugt, wenn sie ihren Wählern ein Versprechen gegeben haben, so haben sie es durch ihre Haltung diesem Gesetze gegenüber unerfüllt gelassen. Ich nehme den Abg. Dr. Hänel aus, welcher mit einem eingehenden Antrage aufgetreten ist. Er hat für seine Person den von mir der Fortschrittspartei gemachten Vorwurf entkräftet, daß sie eine Partei der Negation sei, welche noch keinen positiven Vorschlag gemacht habe. Die Regierungen und Diejenigen, die mit ihr gehen, befinden sich in einer sehr schwierigen parlamentarischen Lage. Wir haben von einem sehr großen Theile des Reichstags keine Unterstützung zu erwarten, unsere Operationsbasis beschränkt sich auf die nationalliberale und die beiden conservativen Fractionen. Ich kann nur die Bitte an diese drei Fractionen richten, daß die Herren nicht der Regierung, sondern dem Lande den Dienst erweisen, sich unter einander zu verständigen und Diejenigen, welche die staatliche Entwickelung auf der jetzigen Basis wollen, näher zusammenzuschließen, aber nicht mit einander zu rivalisiren. Ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne dagegen zu remonstriren, daß ich bei der Auflösung die Tendenz gehabt hätte, gegen irgend welche Personen oder Parteien feindlich vorzugehen. Ich habe nur die Absicht gehabt, daß die Abgeordneten sich mit ihren Wählern besprechen, und habe die Hoffnung gehabt, daß sie bei Berührung der heimathlichen Erde die Stärke wiederfinden würden. Von diesen drei Fractionen erwarte ich also die Annahme des Gesetzes, durch welches wir die Gesetze bekämpfen wollen, und wir haben zu diesem Behufe eine Vorlage gemacht, die mir als eine mäßige erschien. Ihrer Commission ist sie zu weitgehend erschienen. Das ist mir ein Beweis, daß sie nicht das Maß von Vertrauen zu uns hat, welches wir beanspruchen, um Mittel zu einer erfolgreichen Bekämpfung des Uebels zu erhalten. Dieses Vertrauen läßt sich nicht erzwingen, es läßt sich vielleicht ersetzen durch eine sorgfältige loyale Ausführung des Gesetzes. Mein Streben wird dahin gerichtet sein; das muß ich aber von Ihnen verlangen, ein Gesetz zu erhalten, auf dessen Boden sich die Regierungen mit Erfolg bewegen können. Haben Sie nicht das Vertrauen zu uns und speciell zu mir, der ich dafür die Verantwortlichkeit trage, daß das Gesetz Ihren Intentionen gemäß ausgeführt wird: haben Sie die Furcht, daß wir das Gesetz mißbrauchen werden; fürchten Sie sich mehr vor den verbündeten Regierungen, als vor den Socialdemokraten, dann weiß ich, was ich zu thun habe. Dann muß ich mein Amt abtreten an Einen, zu dem Sie mehr Vertrauen haben, oder der andere Mittel zur Bekämpfung der Gefahr hat, als ich anzuwenden weiß. Was den § 1 anlangt, so ist sowohl die Umwandlung des Ausdrucks „Untergrabung" in „Umsturz", als die Einschaltung der Worte: „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise" eine unnöthige Abschwächung. Wenn Sie uns das Gesetz nicht in dem Maße geben, wie wir es brauchen, so können wir es ja annehmen; wir würden aber genöthigt sein, in der nächsten Session andere Vorlagen zu machen, auch auf andern Gebieten der Gesetzgebung Maßregeln vorzuschlagen.

Abg. Dr. Hänel weist den Vorwurf, als ob die Fortschrittspartei sich lediglich negirend verhalte, unter Hinweis auf die großen Verdienste des Abg. Dr. Schulze-Delitzsch auf wirthschaftlichem Gebiete zurück. Die Fraction habe in der Commission durch ihn einen Antrag eingebracht, der aber freilich noch nicht so reif habe sein können, als ein Gesetzentwurf. Die Fortschrittspartei nehme also eine sehr bestimmte positive Haltung ein, und zwar diejenige, welche er in der ersten Lesung entwickelt habe. Die Fortschrittspartei habe es aufgegeben, den Antrag wieder einzubringen, da es für eine Partei geradezu unmöglich sei, einen Strafgesetzparagraphen mit derjenigen Reife auszuarbeiten, welcher ihn zur Plenarberathung befähige. Die Partei stimme gegen das Gesetz, weil demselben auch nach den Berathungen der Commission noch der Charakter des Partei- und Tendenzgesetzes anhafte, wogegen sie bereit sei, auf dem Boden des gemeinen Rechts der Gefahr entgegenzutreten.

Abg. v. Schmid (Württemberg) wendet sich gegen die Rede des Abg. Sonnemann, welche sich durch sich selbst richte, begrüßt aber das von demselben gemachte Zugeständniß, daß das von dem Abg. Sonnemann bei seiner Berathung so sehr bekämpfte Preßgesetz die Preßfreiheit gewährt habe. Bei andern Völkern seien derartige Ausnahmegesetze nicht nöthig gewesen, weil dort noch ein nationaler Geist herrsche. Die deutsche Reichspartei stehe ganz auf dem Standpunkte der Gesetzvorlage und hoffe, daß die Beschlüsse der Commission noch einer kleinen Abänderung unterzogen werden würden; speciell wünsche sie bei § 1 den Wegfall der Worte: „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise", um den Regierungen die Möglichkeit zu gewähren, jede gemeingefährliche Agitation zu verfolgen.

Abg. Dr. Brüel constatirt gegenüber den Bemerkungen des Reichskanzlers, daß sein ablehnendes Verhalten vollständig dem Willen seiner Wähler entspreche. Einem Vertrauen gegen den Reichskanzler könnte er für seine Person keinen Ausdruck geben; möchte aber das Vertrauen größer oder geringer sein, so sei es doch die Aufgabe des Reichstags, möglichste Sicherheit zu schaffen, daß das Vertrauen nicht getäuscht werden könne. Der Redner begründet sodann in ausführlicher Rede seine ablehnende Haltung, ohne sich aber im Zusammenhange Anderen verständlich machen zu können, als einer Anzahl von Abgeordneten, welche sich in seiner unmittelbaren Nähe versammelt haben. Ein Murren der Entrüstung, welches bei einer Stelle seiner Rede in dieser Corona entsteht, veranlaßt den den Vorsitz führenden

Vicepräsidenten Frhrn. v. Stauffenberg, sich die stenographische Niederschrift dieser Stelle kommen zu lassen, aus welcher sich ergiebt, daß der Redner an den Unwillen erinnert, mit welchem das hannöversche Volk seinerzeit die französische Fremdherrschaft ertragen habe und die jetzige Herrschaft über Hannover mit jener Fremdherrschaft auf gleiche Linie gestellt hat. Der Vicepräsident erklärt es für parlamentarisch unzulässig, die Herrschaft eines deutschen Monarchen, des Deutschen Kaisers, mit der französischen zu vergleichen, sie als eine Fremdherrschaft zu bezeichnen.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck constatirt, daß er von der Rede des Abg. Dr. Brüel nicht eine Sylbe verstanden habe und deshalb Nichts auf dieselbe erwidern könne.

Das Haus beschließt die Vertagung der Berathung. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Lasker dem Abg. Sonnemann gegenüber, daß er in die Berathung des Gesetzentwurfs deshalb mit eingetreten sei, weil die Regierung wiederholt ausdrücklich erklärt habe, daß sie auf dem Wege der Specialgesetzgebung vorgehen wolle.

Abg. Sonnemann fordert den Reichskanzler auf, eine Thatsache mitzutheilen, aus welcher hervorgehe, daß er oder die „Frankfurter Zeitung" jemals in irgend einer Verbindung mit der französischen Regierung oder irgend einem französischen Amte gestanden habe. Bis Das geschehe, müsse er diese Behauptung als eine willkürliche Erfindung bezeichnen. Gerade auf dem Gebiete der auswärtigen Politik habe seine Zeitung in den letzten zwei Jahren stets auf der Seite des Reichskanzlers gestanden.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck bestreitet, daß er dem Vorredner den Vorwurf gemacht habe, derselbe stehe in Verbindung mit der französischen Regierung, erinnert aber daran, daß im Jahre 1870 in Deutschland oppositionelle Elemente aufgetaucht seien, die sich später als Agenten der kaiserlich französischen Regierung entpuppt hätten.

Abg. Sonnemann legt dar, wie es komme, daß sein Blatt von seinem Pariser Correspondenten besonders gute Informationen erhalte, und protestirt nochmals gegen die Unterstellung, als ob sein Blatt ein Organ der französischen Regierung sei.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Kardorff, v. Schmid (Württemberg) und Sonnemann wird die nächste Sitzung, in welcher die zweite Lesung des Gesetzentwurfs fortgesetzt werden soll, auf morgen Vormittag 11 Uhr festgesetzt.

Ernennungen, Versetzungen ꝛc. im öffentlichen Dienste.

Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts.

Erledigt ist die katholische Schulstelle zu Tscharnitz bei Panschwitz. Collator: die oberste Schulbehörde. Einkommen, außer freier Wohnung und den etwa zu fordernden Alterszulagen, 840 M. Fixum, 72 M. für den Unterricht in der Fortbildungsschule, sowie 80 M. Entschädigung für Beheizung und Beleuchtung des Schullocals. Gesuche um diese Stelle sind bis zum 31. October an den königl. Bezirksschulinspector Dr. Wild in Bautzen abzugeben.

Dresdner Nachrichten

vom 10. October.

R. In der unter Vorsitz des Vicevorstehers Jordan gestern Abend ½8 Uhr abgehaltenen 29. öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten trug der Vorsitzende unter mehreren Registrandeneingängen auch eine Einladung des Comités für Errichtung eines Nieritzdenkmals zur feierlichen Enthüllung dieses letzteren vor, welche Freitag Mittag auf der Theresienstraße stattfindet. Aus der dritten Ergänzungswahl für die, gesetzlicher Vorschrift gemäß, mit Ablauf dieses Jahres aus dem Rathscollegium ausscheidenden 5 Stadträthe Walther, Seyffarth (Beide bereits wieder gewählt), Klepperbein, Liebe und Dr. Wigard ging, mit 49 von 55 Stimmen gewählt, Stadtrath Klepperbein hervor. Die nach Vollzug dieser Wahl folgenden fünf Berichte ertheilt sämmtlich der Rechtsausschuß, die ersten drei davon durch Ref. Stadtv. Schubert, die letzten zwei durch Ref. Stadtv. Reiche-Eisenstuck. Das Collegium vollzieht nach den Ausschußgutachten eine Urkunde über Arealabtretung an Herrn Gäbler zur Verbreiterung und Regulirung der Poppitzstraße, tritt der Veräußerung eines communlichen Areals an der Hochuferstraße an Herrn Sandsteinhändler Ritzschner und danach der Niedersetzung einer ständigen, städtischen Grundeigenthumsdeputation bei, letzteres mit der Modification, daß die beschlossene neue Organisation mit dem Jahre 1879 ins Leben trete und unter der Bitte an den Stadtrath um Mittheilung der Vorschläge über die Organisation des neu zu begründenden Ausschusses. Hierauf ersucht das Collegium unter Kenntnißnahme eines stadträthlichen Communicates vom 2. d. Mts. in Verbindung mit der Ministerialverordnung vom 14. vor. Mts. den Stadtrath, die Frage wegen Fixirung des Beginns des Schuljahres fortdauernd im Auge zu halten, bez. sich etwaigen hierauf gerichteten Schritten aus den übrigen Theilen des Landes anzuschließen, und vollzieht danach eine Urkunde betreffs der Localschulordnung, welche Urkunde in Gemäßheit der Beschlüsse der städtischen Collegien unter Concurrenz des Bezirks des Bezirksschulinspectors und resp. zufolge einer Cultusministerialverordnung ausgefertigt worden ist. Auf Bericht des Finanzausschusses (Ref. Stadtv. Kanitz) erhöht das Collegium die im Haushaltplan für das Wasserwerk für Reparaturen und Ergänzungen am Rohrnetz, bez. zu Unterhaltung der Dampfmaschinen und Kessel bewilligten Mittel um 5000 und bez. 1500 Mark unter Verweisung der Summen auf Pos. 42 der Ausgaben des diesjährigen Haushaltplanes. Schließlich erhebt man bezüglich der Vervielfältigung des neuen Stadtplanes das Gutachten des vorgenannten Ausschusses (Ref. Stadtv. Kunstmöbelfabrikant Friedrich): Collegium wolle dem Beschlusse des Rathes beitreten und die zur Erwerbung der 4 lithographischen Steine zum neuen Dresdner Stadtplan erforderlichen 1100 Mark, sowie für 4×100 Abzüge von denselben 240 Mark und für Versicherung und Transport der Steine 60 Mark, im Ganzen 1400 Mark zu Lasten der Pos. 42 der Ausgaben des diesjährigen Haushaltplans bewilligen, zum Beschluß. Schluß der Sitzung ½10 Uhr.

h. Der Fortbildungsverein für Arbeiter jeden Berufs hat soeben seinen Jahresbericht veröffentlicht. Dieser Verein ward, wie aus dem Berichte ersichtlich, am 5. September 1870 gestiftet, bezweckt, gewerbliche Bildung und gute Sitten im Arbeiterstande zu verbreiten, und enthält sich aller anderen Bestrebungen. Der Verein sucht durch Lehre und Vortrag dem Staate nützliche Bürger zu bilden. Zu diesem Zweck richtet er sein Augenmerk auf guten Unterricht, hat tüchtige Lehrkräfte und ausreichende Lehrmittel. Die Zahl der Mitglieder und Schüler des Vereins beträgt 280, die Zahl der Fortbildungsschüler 446 einschließlich der Schüler des Vereins „Dresdner Gastwirthe", welcher seit 25. September 1876 dieselben dem Verein übergeben hat und deren Zahl sich auf 105 beläuft. Im Vereinsjahre vom 1. September 1877 bis 31. August 1878 wurden 2336 Unterrichtsstunden ertheilt, und zwar in Deutsch, Stil, Orthographie, Rechnen, Geometrie, Zeichnen, Geographie, Schreiben, Stenographie, Gesang, Turnen, Buchführung, Englisch und Französisch. Durch Herrn Dr. Käuffer und durch einen Ungenannten wurden im Vorjahr 4 Freistellen an arme Schüler, sowie durch Vereinsmittel 6 Freistellen, je auf 1 Jahr, gegeben. Vorträge wurden in diesem Jahre 40 gehalten und zwar von den Herren: v. Barfuß, Prof. Böhmert, Dr. Drechsler, Dr. Gleisberg, Lehrer Häntzschel, Hendel, Dr. Edmund Hohlfeld, Dr. Moldau, Dr. Neumann, Secretär Pertisch, Dr. Perrot, Pastor Dr. Peter, Ingenieur Pieper, Pastor Dr. Sulze, Wallnau und Schlagehan. Die Bibliothek besteht am Schlusse des Jahres aus 982 Bänden. Der Verein feiert nächsten Sonntag sein 8. Stiftungsfest im königl. Belvedère der Brühl'schen Terrasse.

h. Im großen Saale des Gewerbehauses findet, wie bereits erwähnt, morgen das große Concert Statt, welches der hiesige österreichisch-ungarische Verein zum Besten der Verwundeten und Hinterbliebenen der k. k. Occupationstruppen veranstaltet. Wir wollen des edeln Zweckes wegen nicht unterlassen, auf dasselbe nochmals besonders hinzuweisen.

h. Ein altrenommirtes, über ein halbes Jahrhundert in unserer Stadt bestehendes Geschäft, die Conditorei des königl. Hofconditors Kreutzkamm, hat in diesen Tagen durch Verlegung von der Badergasse nach dem vortheilhaftest ausgebauten und comfortabel eingerichteten Parterre des Hauses Altmarkt 23 eine günstige Veränderung erfahren.

— Wie der „Dr. A." erfährt, hat gestern in dem benachbarten Strießen die Grundsteinlegung zu der Kirche der böhmischen Gemeinde stattgefunden.

Provinzialnachrichten.

⊙ **Leipzig**, 9. October. In der heutigen öffentlichen Sitzung des hiesigen Schöffengerichts befand sich der Monteur Ernst Robert Geipel aus Dresden wegen Tödtung aus Fahrlässigkeit auf der Anklagebank. Am 25. April d. J. wurde der im neuen Posthaltereigebäude hier angebrachte Fahrstuhl probirt. Geipel, welcher die Zusammensetzung des von einer Dresdner Firma gelieferten Stuhles übernommen hatte, hatte zur Probe und Hilfeleistung mehrere Postillone herangezogen. Die Auffahrt war eben vollendet, d. h. der Fahrstuhl von unten nach oben geleitet worden, als plötzlich durch Zerreißen des Gurtes und Ausspringen der Schrauben ꝛc. der Stuhl aus der Höhe herunterstürzte und unglücklicher Weise den noch unten stehenden Postillon Hempel traf, der sofort getödtet wurde. Der Angeklagte Geipel leugnete beharrlich, sich einer Fahrlässigkeit nach der einen oder andern Richtung hin schuldig gemacht zu haben und wurde vom Schöffengericht von der erhobenen Anklage freigesprochen. — Das Stadtverordnetencollegium genehmigte in der heute Abend stattgefundenen Sitzung einen Beitrag von 15 000 M. zu dem auf 150 000 M. bemessenen Garantiefond für die Kunstgewerbeausstellung, welche im Jahre 1879 hier stattfinden soll.

Maren. (L. Z.) Am vergangenen Sonntage haben wir das Einweihungsfest unserer bedeutend vergrößerten, gänzlich umgebauten und stilgemäß erneuerten Kirche feiern können; es war ein schönes Fest, welches noch durch die Theilnahme der hohen Kirchenbehörden, des Kirchenpatrons, der ganzen Gemeinde und vieler Gäste von nah und fern erhöht wurde, denen die erhebende Festfeier ganz gewiß in angenehmer Erinnerung bleiben wird. Unser nun sehr schön gewordenes Gotteshaus wurde 1877—78 nach den Plänen des Architekten Altendorf aus Leipzig von dem Baumeister Drosche aus Dohna umgebaut und hat nun nicht allein die erwünschte Anzahl von Sitzplätzen erhalten, sondern es ist auch ein Werk daraus erstanden, an welchem die Gemeinde ihre Freude hat. Als besonders bemerkenswerthe Ausschmückungsgegenstände der Kirche sind eine neue Orgel von Geißler in Eilenburg, schöne Altarbekleidungen aus Herrnhut und namentlich 3 prachtvolle Glasmalereien auf dem Altarplatze anzuführen, welche uns durch gütige Vermittelung unseres Kirchenpatrons, des Hrn. Serre, von der Tiedge-Stiftung in Dresden geschenkt und von Hrn. Glasmaler Schulze in Leipzig ausgeführt wurden.

* **Schandau**, 9. October. Von zuverlässiger Seite geht uns die Mittheilung zu, daß der in der gestrigen Nummer aus der „Elbzeitung" entnommene Hergang eines Unglücksfalles in den Postelwitzer Steinbrüchen, wobei der Steinbrecher August Friebel aus Ostrau sein Leben verlor, einer Ergänzung dahin bedarf, daß genannter Friebel, ungeachtet mehrfacher an ihn sowohl seiten des Bruchmeisters als auch seiner Mitarbeiter ergangenen Aufforderung, während der Dauer des Herunterlassens von Steinblöcken aus dem obern Bruchorte von seinem Arbeitsplatze sich weg zu begeben und in Sicherheit sich zu stellen, nicht Folge geleistet hat und daß somit Friebel selbst Schuld daran trägt, sein Leben auf so traurige Weise eingebüßt zu haben.

Plauen i. V., 9. October. (Pl. Ztg.) Die Einführung des neuernannten Directors der vereinigten Gymnasial- und Realschulanstalt hier, Hrn. Prof. Dr. Schubart, fand heute Vormittag 10 Uhr in der festlich geschmückten und von einem zahlreichen Auditorium gefüllten Turnhalle durch Hrn. Geh. Rath Dr. Gilbert aus Dresden Statt. Nach einem einleitenden Gesange des Singechors der Anstalt betrat der soeben genannte königl. Commissar die Rednerbühne, betonte die Verdienste des in den wohlverdienten Ruhestand getretenen Vorgängers und sagte, das königl. Ministerium habe in Hrn. Prof. Dr. Schubart den würdigsten Nachfolger in einem durch Eigenartigkeit der Verhältnisse besonders schwierigen Amte erkannt, zumal derselbe bereits in früheren Jahren der Doppelanstalt als Lehrer angehört und so mit deren Organisation bereits vertraut sei. Nach Ueberreichung der Bestallungsurkunde wendete sich Redner in ermahnenden Worten an das Lehrercollegium und den Schülercötus, ersteres zu treulicher Mitarbeiterschaft und einheitlichem Streben nach den der Schule vorgesteckten Zielen anhaltend, letzteren zu unablässigem Fleiße ermunternd. Hr. Director Prof. Dr. Schubart ging in seiner hierauf folgenden Rede auf die